

Pressemappe

der Demonstration "Frieden für Afghanistan - Bundeswehr raus" am 15. September 2007 in Berlin

Stand: 24.09.07,
Änderungen vorbehalten

Inhalt:

Redebeiträge

Auftaktkundgebung:

Tahera Chams (Exil Afghanin)

Peter Strutynski (Bundesausschuß Friedensratschlag)

Peter Grottian („Initiative Berliner Bankenskandal“, im "Aktionsbündnis für Sozialproteste")

Abschlusskundgebung:

Andreas Buro (Kooperation f.d. Frieden / Grundrechtekomitee)

Kelly Kempbell (Eleventh of September Families for Peaceful Tomorrows")

Mohssen Massarrat (Uni Osnabrück)

Horst Schmitthenner (IG Metall)

Tariq Ali (Schriftsteller)

Vitae der Redner und Rednerinnen

Grußwort(e)

Canadian Peace Alliance

war resisters in Canada

Aufruf der Demonstration



Redetext online abrufbar unter:

<http://www.friedenskooperative.de/netzwerk/akt07-00.htm>

Pressesprecher:

Reiner Braun (IALANA), Tel.: 0172/2317475

Peter Strutynski (Friedensratschlag), Tel.: 0160/97628972

Pressebetreuung:

Sven Hessmann (IPPNW), Tel.: 0172/3258705

Fundort der Pressemappe: www.friedenskooperative.de/pressemappe.pdf

#

###

Prof. Dr. Peter Grottian

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze
Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007
Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 12.30 Uhr -

Für ein abenteuerliches Kriegs- und Sicherheitsversprechen kann die Demokratie nicht geschliffen werden – für mehr zivilen Ungehorsam!

Wenn hier ein Vertreter der sozialen Bewegungen, sozialer Protestbewegungen und Bürgerrechtsorganisationen sprechen darf, so deshalb, weil es einen strukturellen Zusammenhang von hegemonialem Macht- und Kriegswahn und der Zurichtung der inneren Verfassung einer Demokratie gibt. Die sich dynamisierende militärische Intervention in Verbindung mit einem hysterisierten Terrorismus erzeugt die Voraussetzung dafür, die Grundrechte zu Tode zu schützen, erzeugt die allumfassende Angst, dass gegen den Terrorismus fast alle Mittel rechtens sind, auch wenn die Demokratie in Teilen liquidiert zu werden droht. Deshalb muss der Kampf gegen den Krieg auch immer ein Kampf für Grund – und Menschenrechte, für soziale und globale Rechte sein. Deshalb ist es eine Aufgabe der Zukunft globalisierungskritische Bewegungen, Friedensbewegung, Ökologiebewegung, soziale Bewegungen und andere so zusammenzubinden, dass unsere universellen menschrechtlichen Ansprüche eingelöst werden. Wenn die Friedensbewegung hoffentlich bald zu Blockaden von kriegsbedingten Produktionen, der massenhaften Verweigerung von Soldaten oder zu Air-Base-Belagerungen aufruft, dann müssen das Proteste aller sozialen Bewegung werden. Und wenn wir Abgeordnete der Partei Die Linke und Kollegen und Kolleginnen aus den Gewerkschaften zum zivilen Ungehorsam gewinnen können, umso besser. Es ist lang her, dass wir mit Oskar Lafontaine und Heinrich Böll die Raketen von Mutlangen blockierten. Es muss verändert und unter veränderten Bedingungen erneut geschehen.

Aber diesen Kampf muss ein Kampf um soziale Grund- und Menschenrechte nach innen korrespondieren. Wenn diese Kriegsinterventionen und hochgelogenen Terrorismus – Abwehrmaßnahmen sich weiter dynamisieren, wird der Schäublesche Sicherheitswahnsinn die doppelte Enteignung der Bürger durch feinmaschige Kontrolle und Entrechtlichung bewerkstelligen.

Wie schreibt der unermüdlich fechtende Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung sinngemäß: Hinter der Terrorismuswolke geschieht der Abbau von Grundrechten so rapide und werde fast alles im Namen des Anti-Terrorkampfes zugelassen, dass Grundrechts schon nicht mehr geschützt werden könnten. Er liegt mit seinen Befürchtungen wohl richtig, wie wir selbst in den letzten Monaten erfahren durften:

- das Demonstrationsrecht wurde in Rostock und Heiligendamm so eingeschränkt und pervertiert, dass der Eindruck erzeugt werden sollte, hier demonstrierten die geballten Terroristenvereinigungen;
- die Bundesluftwaffen – Einsätze markierten die vorgezogene Schäuble-Vision des innenpolitischen Militäreinsatzes der Bundeswehr – absolut grundgesetzwidrig;
- die Umgestaltung des § 129a zum Großscheunentor des terroristischen Vor-Vor-Verdachts, eröffnete alle augenmaßlosen Durchsuchungen, Festnahmen und anderen Zwangsmaßnahmen. Nichts aber auch Nichts, konnte die völlig entfesselte Bundesanwaltschaft vor Rostock vorweisen. Und in den letzten Wochen wurde die Bildung einer terroristischen Vereinigung schon an Hand von wissenschaftlichen Stichworten wie „gentrification“ bei Stadtforscher diagnostiziert. Die Beispiele zeigen wie eine Bundesanwaltschaft die Gefahren hochlügt. Man darf als kritischer Wissenschaftler wohl sagen: Glaubt der Bundesanwaltschaft vorerst kein Wort mehr, so hat sie sich willfährig vor den Karren der Terroristenhysterie spannen lassen. Auch bei den jüngsten, angeblich in letzter Minute vereitelten Terroranschlägen ist höchste Skepsis angebracht – es stinkt nach einer künstlich hochgezogenen Terroristenwolke.
- die jüngste Forderung nach einer Konvertitendatei markiert einen fundamentalen Rassismus. Migranten, Asylsuchende, Flüchtlinge werden zum Freiwild der Terrorabwehr – und anschließend alle Bürgerinnen und Bürger.
- die Disziplinierungs- und Diskriminierungsstruktur bildet als alltägliche Diskriminierung die Brücke die Hartz IV. Wer Deutschland am Hindukusch verteidigt muss nicht nur die Militärausgaben ausweiten, sondern durch die Verbreitung von sozialen Ängsten eine terrorismustrotzende und sozial Akzeptanz herstellen. Oder anders: Hegemonialer Smog militärischen Denkens erzeugt auch tendenziell die soziale Disziplinierung nach Hartz IV – mit Leistungen, die kein menschenwürdiges Leben zulässt, mit hundertausendfachen Zwangsumzügen und privatesten Beschnüffelungsmaßnahmen. 7,4 Millionen Menschen sind betroffen. 2,6 Millionen Kinder sind verarmt. Krieg und sozialer Krieg haben ein gebrochenes, nicht kausales aber strukturelles Entsprechungsverhältnis. Für ein abenteuerliches Kriegs- und Sicherheitsversprechen kann die Demokratie nicht vor die Hunde gehen!

Aber die spannende Frage an uns ist: warum lassen wir die Herrschenden soweit kommen, wo ist unser Widerstand, wo unser ziviler Ungehorsam, wo unser Widerstand, der den Herrschenden weh tut? Sicherlich, die heutige Demo ist ein respektabler Anfang. Aber dabei darf es nicht bleiben. Die terrorismusgespickte Einschüchterung darf keine großkoalitionäre Erfolgsstory werden.

Rostock und Heiligendamm sind ein Fanal auch einer jungen Protestgeneration der 16 bis 30 Jährigen, aber sie muss sich jetzt mehr artikulieren, sichtbarer, sprachmächtiger und aktionsmächtiger werden sowie selbst neue Strategien ausloten.

Die strategische Allianz von der Partei Die Linke, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen muss mehr gedacht, erprobt und wechselseitige Dynamik übersetzt werden. Es geht mehr, wenn wir es wirklich, wirklich wollen.

Der Schlüssel liegt darin, ob wir uns zutrauen plurale Formen des zivilen Ungehorsams, des gewaltlosen Widerstands mehr zu praktizieren: Rüstungsproduktionen empfindlich stören, Rüstungsimagen von Firmen systematisch beschädigen, Sozialproteste in den

Reichtumszonen organisieren, Kinder- und Elternproteste in Kitas und Schulen vom Zaun brechen. Wir müssen den Herrschenden wehtun – darunter geht es nicht. Demos sind gut – zivilgesellschaftliche Widerstände sind unsere Herausforderung. Aus manchem Demofrust soll Ungehorsamslust werden.

Darüber lasst uns auf dem Sozialforum in Deutschland vom 18. - 21.10.2007 in Cottbus reden und lasst uns den Global Action Day am 26. Januar 2008 dazu ausbauen, dass Widerstandsformen gegen den Krieg und für soziale Menschenrechte eine Einheit von zivilgesellschaftlichen Widerständen bilden. Mehr Mut zur Wut und für eine neue Courage des zivilen Ungehorsams! Lasst uns das wirklich, wirklich machen.

###

Tahera Chams

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze
Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007
Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 12.30 Uhr -

Liebe Freundinnen und Freunde

Afghanistan ist die Bühne aller Arten von Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen. Das Land ist ein lebendiges Museum von frauenfeindlichen und reaktionären Kräften, die in der Unterdrückung der Frauen miteinander wetteifern. Die frauenfeindlichen und reaktionären Kräfte werden militärisch und finanziell von den westlichen Staaten unterstützt.

Die so genannten gemeinnützigen internationalen Einrichtungen fungieren in diesem Zusammenhang mit ihren gelegentlichen vom Mitleid geprägten Berichterstattungen über den Zustand der afghanischen Frauen als Gehilfe, um die Weltöffentlichkeit weiterhin über die wahren Zustände in Afghanistan in einen tiefen Schlaf zu versetzen. Unser Leid ist die Grundlage ihrer Geschäfte.

Seit dem Angriff auf Afghanistan und dessen Besetzung durch die USA und deren Verbündeten im September 2001 sind wir, die afghanischen Frauen, ein Spielzeug in den Auseinandersetzungen der reaktionären Kräfte. Während die westlichen Besatzungsarmeen ihre Präsenz in Afghanistan weiterhin mit den Parolen, wie die Bewahrung der „Freiheit“ und die „Sicherheit“ für afghanische Frauen rechtfertigen, nutzen die reaktionären islamischen Kräfte die Gelegenheit, ihre Sektenkriege als Dschihad (Heiliger Krieg) bzw. Befreiung von den „Ungläubigen“ darzustellen.

Auf dieser Kriegs- und Unterdrückungsbühne sind wir, die afghanischen Frauen, die ersten Opfer. Seit dem September 2001 ließ uns die Weltöffentlichkeit in die Vergessenheit geraten.

Seit den Anfängen des Krieges leisten wir jedoch in unserer absoluten Einsamkeit gegen die Frauenfeindlichen und unterdrückerischen Zustände unseren Widerstand. Wir sind uns im Klaren, dass ein Abzug der Besatzungstruppen eine Schwächung der kriegslustigen und machthungrigen Kräfte religiöser und nicht-religiöser Art zur Folge haben wird.

Wir, die afghanischen Frauen, erheben unsere Stimme mit den irakischen Frauen, die unterähnlichen Verhältnissen leben und fordern

Raus mit den Besatzungstruppen aus unserem Land.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

###

Dr. Peter Strutynski

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinätze
Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007
Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 12.30 Uhr -

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,
meine Damen und Herren,

Wenn die Friedensbewegung nichts tut, dann heißt es: „Wo bleibt die Friedensbewegung?“ Wenn die Friedensbewegung etwas tut, wie z.B. heute gegen den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan demonstrieren, dann sagen dieselben Leute: Ja, aber wollt ihr denn, dass in Afghanistan das Chaos ausbricht, die Taliban wieder an die Macht kommen und die Mädchen wieder vom Schulunterricht ausgeschlossen werden? Nein, das alles wollen wir nicht. Wir wollen aber auch, dass endlich das große Lügen beendet wird, dass die Politiker aufhören uns für dumm zu verkaufen..

Da behauptet doch die Bundesregierung in ihrem neuen Afghanistan-Konzept, die Demokratie mache Fortschritte. So sei das afghanische Parlament „zu einem lebhaften Forum für politische Debatten geworden“. So lebhaft, dass eine junge Abgeordnete, die auf einer Vortragsreise durch die USA gewagt hatte, die Regierung Karsai zu kritisieren, bei ihrer Rückkehr wegen ihrer unpatriotischen Äußerungen für drei Jahre aus dem Parlament ausgeschlossen wurde. Vielleicht ein Vorbild für den Bundestag? Da gibt es ja wieder eine Fraktion mit lauter vaterlandslosen Gesellen.

Im Konzept der Bundesregierung heißt es weiter, dass der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte Fortschritte mache. Wie schön! Was aber nicht gesagt wird: Rund 60 Prozent der von Deutschland ausgebildeten afghanischen Polizisten „desertieren“; sie laufen zur anderen Seite über und verstärken die Reihen der Taliban-Kämpfer. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung unterstützt den Wiederaufbau der terroristischen Strukturen in Afghanistan. Wer also wirklich etwas gegen den Terrorismus unternehmen will, muss diesen Einsatz beenden.

Im Leitantrag des Grünenvorstands zum heutigen Sonderparteitag werden „gute Gründe“ für die Bundeswehrpräsenz in Afghanistan aufgezählt. Ein Grund: Die Bundeswehr sei doch „auf Bitte der gewählten Regierung“ dort. Da lässt bei den Grünen dann doch das

Erinnerungsvermögen stark nach. (Wir werden eben alle älter. Aber man kann auch in Würde alt werden und muss nicht den politischen Verstand dabei verlieren.) Die Bundeswehr war schon drei Jahre in Afghanistan, bevor sich der Statthalter von Kabul, Hamid Karsai, zum Präsidenten hat wählen lassen. Und wie es mit dessen Legitimation heute aussieht, erzählte vor kurzem der SPD-Verteidigungsexperte Arnold (ein unverdächtig Zeuge, weil glühender Verfechter des Bundeswehreinsatzes). Der Tagesschau sagte er, die Karsai-Regierung habe „jegliche Akzeptanz in der Bevölkerung verloren“.

Aber die vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Militärmission ISAF hat den Auftrag, dieses abgehalfterte Regime zu „stabilisieren“. 37.000 Soldaten sind es mittlerweile, die zum ISAF-Kommando gehören, 11.000 kommen im Rahmen des sog. Antiterrorereinsatzes „Operation Enduring Freedom“ hinzu. Und da wird uns nun eine weitere Lüge aufgetischt: Ja, das mit dem Terrorsatz, den die USA anführen, das sei nicht immer ganz appetitlich, da würde mit Rambomethoden gekämpft. ISAF dagegen würde „behutsam“ kämpfen und die Zivilbevölkerung schonen. Wie diese Schonung aussieht, können wir täglich den Nachrichtentickern entnehmen: Gerade in den letzten Monaten häufen sich die Meldungen, wonach zunehmend Zivilpersonen Opfer auch von ISAF-Angriffen werden. Im "Friedensgutachten 2007" der fünf großen Friedensforschungsinstitute heißt es zutreffend: "ISAF tritt in die Fußstapfen der Antiterrorkrieger". Für die Opfer ist es unerheblich, ob sie von einer Antiterror- oder einer ISAF-Bombe getroffen werden. Es gibt eben keinen humanen Krieg. Das Töten insgesamt muss beendet werden.

Und die Tornados leisten Beihilfe zum Töten. Der vor einem halben Jahr beschlossene Tornado-Einsatz, gegen den sich neben der Linksfraktion eine große Zahl grüner Abgeordneter und ein Drittel der SPD-Fraktion aussprachen, ist auch kein harmloser Einsatz. Den Nein-Sagern vom März wird das Leben nun dadurch schwer gemacht, dass Tornado- und ISAF-Einsatz in einem Antrag zusammengefasst werden sollen. Für die Abgeordneten, die für ISAF sind, aber den Tornado-Einsatz ablehnen, heißt das entweder beides abzulehnen oder beides zu befürworten. Es ist zu befürchten, dass so mancher Abgeordneter die Kröte „Tornado“ schlucken wird – gerade die Grünen haben es im Kröten-Schlucken zu einer wahren Meisterschaft gebracht, anstatt sich dem Vorwurf auszusetzen, mit der Ablehnung von ISAF den „notwendigen Schutz des zivilen Wiederaufbaus“ in Afghanistan zu gefährden.

Auch wieder so eine Illusion, wenn nicht gar eine bewusste Lüge: ISAF schützt den zivilen Wiederaufbau! Zivile Hilfsorganisationen wie "Caritas International", das "Rote Kreuz", "medico international oder die "Kinderhilfe Afghanistan" fordern für ihre Arbeit strikte Neutralität. Nur dort, wo kein ausländisches Militär sichtbar ist, könne auch zivile Aufbauarbeit gedeihen. Die von der Bundesregierung so hoch gelobte zivil-militärische Kooperation macht aus den zivilen Helfern Kombattanten. Sie geraten ins Visier krimineller Banden oder eines nicht exakt zu definierenden "bewaffneten Widerstands". So manche Hilfsorganisation hat bereits das Handtuch geworfen.

Damit schwindet das Hauptargument der Befürworter des Militäreinsatzes: Die Hilfe, die es militärisch zu sichern gälte, zieht sich zurück. Das Militär „sichert“ am Ende nur noch sich selbst. Von den deutschen Truppen, die ihr Hauptquartier in Masar-i-Scharif haben,

wird mittlerweile berichtet, dass sie ihre Stellung gar nicht mehr verlassen. Da können sie doch genauso gut nach Hause kommen.

Auch im Irak sind Zivilpersonen die Hauptleidtragenden der Auseinandersetzungen. Die amerikanische Friedensbewegung demonstriert heute in Washington für den Abzug ihrer Truppen aus dem Irak. Und auch sie weiß sich einig mit der großen Mehrheit ihrer Bevölkerung. Wenn sich die öffentliche Meinung in den USA so weiter entwickelt, wird George W. Bush eines Tages mit seinem Krieg ganz allein dastehen. Und dann wird ein Aufatmen sein in der ganzen Welt.

Zurück zu den drei Bundeswehrmandaten für Afghanistan.

Das Hexeneinmaleins aus Goethes Faust I ist ein zu lösendes Rätsel. Bekanntlich beginnt es mit: "Du mußt versteh'n, aus Eins mach Zehn. Die Zwei lass geh'n. Die Drei mach gleich..." - und am Ende des Zahlenwirrwarrs ergibt sich auf wundersame Weise ein magisches Quadrat mit neun Feldern, dessen Summen in der Waagrechten und Senkrechten immer dasselbe Resultat ergeben.

Das Kabinett mit Kanzlerin Merkel und ihrem Vize Müntefering, das sich vor kurzem über das weitere parlamentarische Vorgehen in Sachen Afghanistan-Einsatz beriet, gleich ebenfalls einer Hexenküche. Das Ergebnis allerdings ist weniger logisch, sondern es stinkt zum Himmel.

Die Friedensbewegung hat alle drei Mandate im Auge:

1. Deutschland muss sich aus dem sog. Antiterrorkrieg im Rahmen von OEF zurückziehen. Der Krieg selbst ist Terror.
2. Deutschland muss die Tornados aus Afghanistan abziehen.
3. Die deutschen ISAF-Soldaten sind ebenfalls zurückzuziehen, damit zivile Hilfe neutral und vom Militär unabhängig geleistet werden kann, und zwar dort, wo es von der afghanischen Bevölkerung gewünscht wird.

Dem Zahlenwirrwarr der Koalition und der GRÜNEN um die Mandate setzen wir entgegen: Nicht drei, nicht zwei, nicht eins, sondern keines!

Denn wenn sich schon Bundesregierung und die etablierten Parteien in eine Hexenküche verwandeln, dann müssen wir auch an das Ergebnis denken, das Goethe an einer anderen Stelle seines Faust, in der Walpurgisnacht, beschrieben hat und das wir Merkel und Müntefering, Claudia Roth und Jürgen Trittin ins Stammbuch schreiben wollen: "Es farzt die Hexe, es stinkt der Bock ..."

####

Prof. Dr. Andreas Buro

Redebeitrag für die Abschlußkundgebung der Afghanistan Demonstration in Berlin am
15.9.2007

*- Es gilt das gesprochene Wort -
- Sperrfrist: 15.09., Redebeginn: ca: 14.30 Uhr -*

Friedenspolitik statt Krieg in Afghanistan!

Liebe Demonstrantinnen und Demonstranten aus fast allen Teilen Deutschlands,

Ihr seid die Repräsentanten der Mehrheit der Bevölkerung. 2/3 der Deutschen lehnen eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ab.

Wir protestieren heute nicht nur gegen eine Verlängerung des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan. Wir fordern eine gezielte nicht-militärische Friedenspolitik für Afghanistan und seine von ausländischen Interventionen und Bürgerkrieg schwer verletzte Bevölkerung.

Der brutale Interventionskrieg dort, der zynischer Weise Operation Enduring Freedom genannt wird, versinkt im Schlamm der Irakisierung und der Korruption, angeheizt durch die mörderischen „Kollateralschäden“ der US- und NATO-Kriegsführung.

Nun sagt man uns, Deutschlands Sicherheit würde am Hindukusch verteidigt. Nein, sie wird dort riskiert! Jung und Struck sind keine Sicherheitspolitiker. Sie sind Unsicherheitspolitiker!

Der finanzielle Aufwand für den Wiederaufbau und die Entwicklung in Afghanistan war bisher lächerlich gering. Seit 2002 wurden insgesamt etwa 85 Mrd. \$ für militärische Zwecke, für Entwicklung aber nur 7,5 Mrd. \$ aufgewendet. Von ihnen ist der größte Teil nicht bei der Bevölkerung angekommen. Viele halten sich nur durch Opiumanbau über Wasser. Nun will die Bundesregierung 25 Millionen pro Jahr mehr einsetzen. Das ist lächerlich wenig. Daraus kann niemals eine neue Friedenspolitik erwachsen!

Die westliche Intervention steht vor einem doppelten Dilemma. Sie ist weder in der Lage, militärisch eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken, noch kann sie dies allein durch den Abzug ihrer Truppen erreichen.

Wir sagen, erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird sie sich auch für Frieden engagieren. Wir fordern deshalb eine Umkehr und eine zivile Friedenspolitik für Afghanistan und seine Menschen, die ihren Namen verdient.

Das ist nicht mit mehr Soldaten, sondern nur mit mehr friedenspolitischem Verstand zu erreichen. Deutschland könnte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Stellt Euch vor:

- Deutschland verlängert nicht das Mandat für ISAF, Tornado und Enduring Freedom und gibt damit ein deutliches Signal der Neuorientierung. Dabei nennt Berlin ein festes Datum, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein werden.

- Stellt Euch vor, Berlin gibt gleichzeitig bekannt, es würde seine finanzielle Hilfe um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Das sind 500 bis 600 Millionen . Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und Regionen gemeinschaftlich für wichtig und nützlich gehalten werden. Dabei ginge es also auch um die örtliche oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die sich den Taliban zuordnen. Auf diese Weise könnte Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort, sowie Vertrauen untereinander gefördert werden.
- Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürfe des militärischen Schutzes greift nicht. Erstens ist das ISAF-Militär überhaupt nicht in der Lage, die zivilen Helfer zu schützen. Zweitens halten die Afghanen Helfer unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. Dies um so mehr, wenn ISAF zur kämpfenden NATO-Truppe wird. Entwicklungshelfer sehen sich deshalb eher durch Militär gefährdet als gefördert. Wir weisen den Mythos zurück, nur Militär könnte einen Friedensprozess gewährleisten.
- Stellt Euch weiter vor, die Bundesregierung würde an die noch weiter Kriegführenden appellieren, solche gemeinsam beschlossenen Projekte nicht in die Kriegführung einzubeziehen. Sie würde gleichzeitig andere Staaten dafür gewinnen, sich diesem Projekt anzuschließen.
- Mit einer derartigen Politik könnte Deutschlands eine Wende vom Krieg zur zivilen Konfliktbearbeitung, von der Konfrontation zum Dialog einleiten. Das wäre ein Signal, das weit über Afghanistan hinaus in vielen islamischen Ländern gehört werden würde. Für eine solche Politik treten wir ein.

Mit einer solchen Friedenspolitik, die gleichzeitig eine Exitstrategie aus dem afghanischen Sumpf wäre, würde Deutschland sicherlich unter starken Druck aus den USA geraten. Doch hat die Bundesrepublik nicht die Verweigerung einer direkten Beteiligung am Irak-Krieg gut ertragen können?

Unsere Regierung spricht immer von ihren friedlichen Absichten. Dann muß sie sich aber auch von der US-Kriegspolitik verabschieden. Deutschland muß eine eigenständige Friedenspolitik einleiten, nicht zuletzt auch deshalb, um selbst nicht immer tiefer in diesen barbarischen Krieg hineingezogen zu werden. Dafür gibt es eine 2/3 Mehrheit der Deutschen. Sie haben anscheinend aus der Vergangenheit mehr gelernt als manche Politiker.

Diese versuchen nun die Öffentlichkeit zu täuschen und schlagen eine Reduzierung der deutschen Truppen unter der Operation Enduring Freedom vor. Das ist ein Bauernopfer nach dem Motto: „Wasch mich, aber mach mich nicht naß! Solche Truppen sind seit zwei Jahren, wie man hört, in Afghanistan gar nicht mehr im Einsatz. Für wie dumm halten die eigentlich die deutsche Bevölkerung?!

Wir rufen Bevölkerung und die Basis der Parteien auf, laßt Euch nicht täuschen! Verbreitet überall die Forderung an Bundestag und Bundesregierung: „Beendet Eure Kriegspolitik im Schlepptau der USA! Treibt endlich eigenständige zivile Friedenspolitik!

Prof. Andreas Buro vertritt auf dieser Kundgebung die Dachorganisation ‚Kooperation für den Frieden‘. Er ist ‚friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie‘

#

Kelly Campbell

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinätze
Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007
Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 14.30 Uhr -

Dear friends of peace!

I am honored to be part of this demonstration to bring the German troops home from Afghanistan and appreciate the leadership that the German peace movement has taken on to examine the international community's responsibilities to Afghanistan. I witnessed the effects of military action in Afghanistan when I traveled to Kabul as part of a delegation of 9/11 victims' family members in January 2002. We insisted that our grief was not a cry for war and that the killing of innocent Afghans would not bring us justice. We made this trip to bear witness to the effects of our government's decision to bomb Afghanistan in retaliation for our loved ones deaths and to share our condolences with Afghans who lost family members in the US bombing campaign. While in Afghanistan, we met with families whose homes were bombed by the US, with families whose loved ones had been killed by the US bombing of residential neighborhoods and with children in hospitals missing limbs from US cluster bombs.

After what I witnessed in Afghanistan, I believe that we as the international community need to refocus on our obligations to assist the Afghan people with the funds they need to carry out reconstruction and development to rebuild their country; and to end the military occupation of Afghanistan. In the 5 1/2 years since I have been to Afghanistan, despite the foreign troops on the ground and the bombing from above, the security situation has gone from bad to worse. We have seen resurgence of the Taliban, the emergence of suicide bombers, the explosion of the opium market and warlords in official positions of power. Afghan civilians continue to be killed by ISAF and OEF forces, promised reconstruction projects fail to materialize, many women are no better off than before, and aid agencies are leaving the country due to the poor security. Every year we stay, the

numbers of US and coalition troops killed increases. A military response to the devastation of some 25 years of war in Afghanistan is clearly not working. It is time to find another way to fulfill our responsibilities to the Afghan people.

In the US, the occupation of Afghanistan has been overshadowed in the past four and a half years by the invasion and occupation of Iraq. The myth of success in Afghanistan, which helped convince the US public to support the invasion of Iraq, is still widely believed in the US. The story is that Afghanistan was the good part of the war on terror; the one in which we defeated extremists, liberated women and bombed a country into democracy. The US invasion of Afghanistan is still considered by most in the US as an appropriate response to the horror we witnessed on 9/11. After 9/11 there was broad agreement that we must "do something", but was military action in Afghanistan the wisest action that we could take? Did it produce Bin Laden and other potential masterminds of the 9/11 attacks to stand trial in an international court of law? Did it lead to an international discussion of strategy to diffuse the underlying causes of terrorism and political violence? Did it lead to a more secure world for anyone? Instead, the invasion and continued occupation of Afghanistan, not to mention the associated opening of Guantanamo Bay detention center and the human rights abuses inflicted on prisoners, has led to a continuing cycle of violence, creating more victims of political violence, creating more people willing to use violence against the US and our allies, and ensuring that the cycle will continue.

I am here as a member of the national steering committee of United for Peace and Justice, a coalition of more than 1,400 peace and justice organizations in the US. While our immediate focus is to end the war in Iraq, we also oppose the war in Afghanistan and are beginning to develop a long overdue analysis of the situation and to address our responsibility as the US peace movement to challenge the US military occupation of Afghanistan. We are eager to learn from and work with the German peace movement and others around the world to address these issues that affect us all.

I am also here today representing 9/11 Families for Peaceful Tomorrows, an organization comprised of family members of 9/11 victims who are committed to breaking the cycle of violence by turning our grief into action for peace. We believe that no family, anywhere in the world should have to suffer the loss of a loved one to violence and we insist that our grief is not a cry for war. The name of our organization was taken from a quote by Martin Luther King Jr. in which he said, "Wars are poor chisels for carving out peaceful tomorrows...we must pursue peaceful ends through peaceful means." We join you here today in advocating peaceful means to achieve peaceful ends in Afghanistan, Germany, the US, and around the world.

Kelly Campbell, September Eleventh Families for Peaceful Tomorrows; Tel.: +1/503/720-1815, eMail: kelly@peacefultomorrows.org, www.peacefultomorrows.org

Deutsche Übersetzung:

Anrede,

Ich bin durch die Einladung der deutschen Friedensbewegung, an dieser Demonstration für den Ruckzug der deutschen Truppen aus Afghanistan teilzunehmen, sehr geehrt. Ich schätze die deutsche Friedensbewegung wegen ihrer führenden Rolle darin, die Verantwortungen der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan auf die Tagesordnung zu bringen. Ich habe die Auswirkungen des militärischen Anschlags auf Afghanistan selbst miterlebt, als ich im Januar 2002 in einer Delegation der Familienmitglieder der Opfer des Elften Neunten in Kabul war. Wir haben darauf bestanden, dass unser Schmerz kein Kriegsruf sei, und dass das Töten unschuldiger Afghanen und Afghaninnen uns keine Gerechtigkeit bringen würde. Wir haben diese Reise unternommen, um die Auswirkungen der Entscheidung unserer Regierung zu bezeugen, Afghanistan in Vergeltung für den Tod unserer Lieben zu bombardieren, und um unsere Anteilnahme mit Afghanen und Afghaninnen zu zeigen, die ihre Familienmitglieder durch die US-Bombardierung verloren hatten. In Afghanistan haben wir Familien getroffen, deren Häuser durch die US-Bombardierungen zerstört worden sind und Familien, deren Lieben durch die amerikanische Bombardierung von Wohnbezirken getötet worden waren. In den Krankenhäusern haben wir Kinder getroffen, die durch US-Streubomben Glieder verloren hatten.

Aufgrund dessen, was ich in Afghanistan erlebt habe, glaube ich, dass die internationale Gemeinschaft sich auf die dringende Bedürfnisse Afghanistans nach humanitärer Hilfe und Wiederaufbau - und nicht auf das Militärische - konzentrieren soll. Seitdem ich vor fünfeinhalb Jahren in Afghanistan war, ist die Sicherheitslage - trotz des Einsatzes ausländischer Truppen am Boden und Bombardierung aus der Luft - immer schlimmer geworden. Wir sehen das Erstarken der Taliban, das Auftauchen von Selbstmordattentäter, die gewaltige Zunahme des Opiummarkts, und Kriegsherren in Machtstellungen in der Regierung. Gleichzeitig werden immer mehr afghanische Zivilisten durch die US- und NATO-Einsätze getötet, versprochene Wiederaufbauprojekte werden nicht verwirklicht, vielen Frauen geht es nicht besser als zuvor, und Hilfsorganisationen verlassen das Land wegen der schlechten Sicherheitslage. In jedem Jahr, das wir dort bleiben, nimmt die Anzahl getöteter Soldaten der USA und den verbündeten Ländern zu. Es wird Zeit, dass wir eine andere Art und Weise finden, unserer Verantwortung gegenüber dem afghanischen Volk gerecht zu werden.

In den USA ist die Besetzung Afghanistans in den letzten viereinhalb Jahren vom Überfall auf und Besetzung des Iraks überschattet worden. Der Mythos des Erfolgs in Afghanistan, der dazu beigetragen hat, die amerikanische Öffentlichkeit zu überzeugen, den Überfall auf Irak zu unterstützen, wird in weiten Kreisen in den USA noch geglaubt. Die Geschichte lautet, dass Afghanistan der gute Teil des Kriegs gegen den Terror war; derjenige, bei dem wir Extremisten geschlagen, Frauen befreit, und die Demokratie in einem Land herbeigebombt haben. Der amerikanische Überfall auf Afghanistan wird noch immer von den meisten in den USA als eine angemessene Reaktion auf den Schrecken, den wir am 11. September erlebt haben, angesehen. Nach dem 11. September war es in den USA vorherrschende Meinung, es müsse "etwas" getan werden. Aber war der militärische Einsatz in Afghanistan das Klügste, das wir hätten machen können? Sind Bin Laden und andere möglichen Hintermänner des Anschlags vor ein internationales Gericht gestellt

worden? Hat dieser Einsatz zu einer internationalen Diskussion über die Strategie geführt, wodurch die Ursachen von Terrorismus und politischem Gewalt verändert werden könnten? Ist diese Welt für überhaupt einen Mensch sicherer geworden? Stattdessen hat der Einmarsch und fortdauernde Besetzung in Afghanistan - von der Eröffnung des Gefangenenlagers Guantanamo Bay und die Verletzungen der Menschenrechte der Gefangenen dort ganz zu schweigen - zu einer Spirale der Gewalt geführt, die noch mehr Opfer vom politischer Gewalt geschaffen hat, was noch mehr Menschen erzeugt, die gegen die USA und unsere Verbündeten Gewalt anzuwenden bereit sind, was wiederum sicherstellt, dass dieser Kreislauf sich fortsetzt.

Ich bin als Vorstandsmitglied von "United for Peace and Justice" hier, ein Bündnis von mehr als 1.400 Organisationen, die in den USA für Frieden und Gerechtigkeit sich einsetzen. Obwohl der Fokus unseres Bündnisses bis jetzt gewesen ist, den Krieg in dem Irak zu beenden, fangen wir recht verspätet an, die Lage in Afghanistan zu analysieren und unsere Verantwortung als US-Friedensbewegung die amerikanische militärische Besetzung Afghanistans anzugehen. Sehr gern arbeiten wir zusammen mit und lernen wir von der deutschen Friedensbewegung, und von den Friedensbewegungen anderer Länder, um diese internationalen Fragen anzugehen, die uns alle betreffen.

Ich vertrete heute hier auch die "9-11 Familien für eine friedliche Zukunft," eine Organisation der Familienmitglieder der Opfer des 11. September. Wir setzen uns dafür ein, diesen Kreislauf der Gewalt zu brechen, indem wir unsere Trauer in Taten für Frieden und Gerechtigkeit umsetzen. Wir glauben, dass keine Familie irgendwo auf der Erde den Verlust eines geliebten Menschen durch politische Gewalt erleiden sollte, und wir bestehen darauf, dass unser Schmerz kein Kriegsruf ist. Der Name unserer Organisation entstammt einem Zitat von Martin Luther King Jr., in dem es heißt: "Kriege sind armselige Meiseln, um eine friedliche Zukunft zu stemmen...wir müssen friedliche Ziele durch friedliche Mittel anstreben." Wir schließen uns Ihnen heute an im Eintreten für friedliche Mittel um friedliche Ziele zu erreichen - in Afghanistan, Deutschland, den USA, und auf der ganzen Welt.

#

Prof. Dr. Mohssen Massarrat

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze
Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007
Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 14.30 Uhr -

Stoppt den Wahnsinn

Truppenabzug aus Afghanistan ist ein wichtiger Schritt zum Frieden im Mittleren Osten

1998 legitimierte die Bundesregierung die deutsche Beteiligung am US-Krieg gegen Jugoslawien mit dem Slogan „Nie wieder Auschwitz“. Nun ist sie dabei, mit „Nie wieder Taliban“ die Teilnahme Deutschlands am US-Krieg in Afghanistan moralisch zu rechtfertigen. Die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan diene angeblich dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Ohne sie und ohne ISAF würden die Schulen erneut geschlossen und die Frauen wieder unter die Burka gesteckt. Diese scheinheilige Argumentation kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ISAF und Enduring Freedom beide Bestandteile einer US-Gesamt-Strategie nicht nur für Afghanistan, sondern für die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens sind.

Nicht nur die Neokonservativen, sondern auch die Mehrheit der Demokraten verfolgen seit geraumer Zeit konsequent das Ziel – zahlreiche Indizien erhärten diese Annahme – den Mittleren und Nahen Osten durch den Sturz missliebiger Regime, durch das Schüren von ethnischen und religiösen Konflikten zwischen Arabern, Iraner und Kurden, zwischen Sunniten und Schiiten und durch die Spaltung der Völker in feindliche Gruppen – wie in Libanon und Palästina – in einem permanenten Kriegszustand zu halten und die Region von einem Chaos in das nächste zu stürzen.

Die Spaltung der Völker, auch in Afghanistan, zerstört aber die Grundlage der nationalen Souveränität und der pluralistischen Demokratie.

Wenn wir heute an alle Parteien im Deutschen Bundestag appellieren, zum Afghanistan-Einsatz NEIN zu sagen, dann sagen wir keineswegs nein zu den Wünschen der Menschen dort nach Frieden, Wiederaufbau und Freiheit. Unser NEIN gilt vor allem dem amerikanischen Kriegs- und Chaos-Plan im Mittleren und Nahen Osten. Wer die Mandatsverlängerung im Bundestag befürwortet, der legitimiert die US-Verbrechen in der gesamten Region. Wem es aber wirklich eine Herzenssache ist, dass die afghanische Bevölkerung das ihr gestohlene Selbstvertrauen zurückgewinnt, um ihr arg gebeuteltes Land wieder aufzubauen, dem empfehlen wir, sich darüber Gedanken zu machen, wie der Krieg in Afghanistan schnellstens beendet werden kann. Ich stelle mir dazu folgende sofort realisierbare Schritte vor:

1. Verhandlungen zwischen dem afghanischen Präsidenten Karsai und den Taliban zur Bildung einer nationalen Übergangsregierung. Gewiss, die Taliban haben an der Macht viele Grausamkeiten begangen. Ohne sie jedoch einzubinden, wird es weder den inneren Frieden noch eine pluralistische Gesellschaft geben. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Taliban ohne Einbindung in die Regierung erneut ihre Alleinherrschaft errichten könnten.
2. Die Festlegung eines verbindlichen Zeitplans für den Abzug aller ausländischen Truppen.
3. Die Übergangsregierung, zu der auch die Taliban gehören, entscheidet im Konsens, ob und welche Art von internationalen Truppen die Besatzungsarmeen ersetzen sollen, um eine erneute Machtergreifung der Taliban, Bürgerkrieg und noch größeres Chaos in der Übergangsphase zu verhindern und stabile Rahmenbedingungen für den Aufbau eines neuen politischen Systems herzustellen.

Mit unserm NEIN zu Amerikas Kriegs- und Chaosplan sagen wir auch entschieden NEIN zu einem Krieg gegen den Iran.

Der harte Kern der US-Neokonservativen ist weiterhin entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen. Leider handeln sie nicht auf eigene Faust. Für das neokonservative Projekt des Amerikanischen Jahrhunderts steht im Mittleren Osten, und vor allem im Iran, sehr viel auf dem Spiel. Es geht um die vollständige Kontrolle der Energieressourcen im gesamten Mittleren und Nahen Osten. Es geht ums Öl als einem wirkungsvollen Hebel für die hegemoniale Herrschaft auf dem ganzen Globus und es geht schließlich auch darum, dass der Dollar auch in diesem Jahrhundert seine Position als internationale Leitwährung beibehält. Irans Islamische Republik ist das größte Hindernis für das Projekt American Century der Neocons. Deshalb soll Irans zentralistisches Staatssystem zerschlagen werden, deshalb sollen im Iran viele sich gegenseitig bekämpfende ethnische und religiöse Machtzentren entstehen. Zu diesem Zweck hat das Pentagon laut Sunday Times vom 2. September bereits einen „Drei-Tage-Blitzkriegs-Plan“ entwickelt, der – ganz nach dem Muster von Hitlers Überfall 1939 auf Polen und Israels Überfall 1967 auf Ägypten, Syrien und Jordanien – 1.200 Ziele in kürzester Zeit zerstören soll. Die Zerstörung iranischer Atomanlagen, die den Hauptvorwand für den Krieg liefern, wäre dabei lediglich eine Nebensache. Es geht den Geostrategen der USA keineswegs nur um die Verhinderung iranischer Atombomben. Es geht um die Zerstörung des gesamten Militärapparates, auch um die Zerstörung der gesamten zivilen Infrastruktur, wie Brücken, Transport- und Kommunikationsverbindungen, Kraftwerke etc. Bush wiederholt immer häufiger die absurde Behauptung eines „zweiten Holocausts durch Irans Atombomben“, um ein gigantisches und neues Verbrechen im Mittleren Osten moralisch zu rechtfertigen. Die gezielte Propaganda zur psychologischen Kriegsvorbereitung hat Dick Cheney bereits persönlich angeordnet.

Dennoch beschwichtigt Europas Mainstream immer noch die Kriegsgefahr. Ihr stärkstes Argument ist, dass man angesichts von ungeheuren und unkalkulierbaren Folgen eines Iran-Krieges der US-Regierung paranoide Kriegsbesessenheit unterstellen müsste. Tatsächlich muss man aber dem harten Kern der US-Neocons – wie der Irakkrieg zeigt – gar nichts unterstellen. Sie sind in dieser Hinsicht von fanatischen Nationalsozialisten nicht allzu weit entfernt, für ihre Mission notfalls alles zu riskieren. Der vermeintliche Grund zur Beruhigung müsste daher eigentlich Anlass zu allergrößter Sorge geben.

Wenn viele in der Friedensbewegung - auf Grund zahlreicher Indizien - in voller Sorge vom worst case ausgehen und einen us-israelischen Krieg gegen den Iran für möglich, ja wahrscheinlich halten, dann ausschließlich in der Hoffnung, ihn durch die Mobilisierung der Friedenskräfte vielleicht noch verhindern zu können. Wir Kriegsgegner in Europa, vor allem in Deutschland, in Großbritannien und insbesondere in Sarkozys Frankreich müssen die Gefahr eines neuen US-Abenteuers auf die politische Agenda setzen. Ein NEIN zur Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan ist dazu ein bedeutender Schritt.

#

Horst Schmitthener

IG Metall Verbindungsbüro soziale Bewegungen

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze

Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007

Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- - Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 14.30 Uhr

Anrede

Wir demonstrieren hier,

- weil wir wollen, dass die Bundeswehr rausgeht aus Afghanistan.

- weil wir wollen, dass Schluss gemacht wird mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Denn wir wissen: mit kriegerischen Mitteln können Völker nicht befriedet werden. Kriege lösen keine Probleme. Sie sind vielmehr Grund für die sich steigernde Gewalt in der Welt.

Wir demonstrieren hier, weil wir den Umbau der Bundeswehr weg von der reinen Landesverteidigung zu einer Eingreiftruppe stoppen wollen. Ich glaube, die Bundeswehr ist nicht in Afghanistan, weil sie daran glaubt, dem Land Frieden und Demokratie bringen zu können. Ich glaube, sie soll dort bleiben, damit sie ihre neue Funktion als Eingreifarmee zur Durchsetzung deutscher Interessen praktisch üben kann.

Wir demonstrieren hier, weil wir das Geld anstatt für einen Umbau der Bundeswehr dringend für soziale Anliegen brauchen. Für eine Arbeitsmarktreform, die für Beschäftigung sorgt. Hartz IV muss weg, weil sie eine Zumutung für die von Arbeitslosigkeit betroffenen ist. Und weil sie eine Zumutung für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ist. Sie ziehen das gesamte Lohngefüge nach unten. „Denn längst sind 400 EUR, 1 EUR jobs, sind Kombilöhne nicht mehr zusätzlich, sondern Ersatz für sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnte Arbeit.

Statt Geld für die Rüstung sollten wir lieber die Arbeitslosenversicherung wieder zu einer solchen und nicht weiter zur Fürsorgeeinrichtung entwickeln. Dass die Leistungen (ALO Geld) nur noch für 12 Monate gezahlt wird, begründet und verstärkt die Unsicherheit der Beschäftigten und verstärkt die Macht des Kapitals.

Wer die Aussicht hat, bei einer Kündigung nach 12 Monaten in Hartz IV zu landen, die Wohnung vermessen zu kriegen und jede Arbeit annehmen zu müssen, der hat mehr Probleme im Betrieb den Mund aufzumachen und sich für Arbeitnehmerrechte einzusetzen, als jemand der Aussicht auf lange Leistungen aus der ALO-Versicherung hat und nicht den Zumutbarkeitskriterien von Hartz IV unterstellt wird.

Statt in die Rüstung und den Umbau der Bundeswehr zu investieren, lasst uns das Geld für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nehmen. Es gibt genügend zu tun in der Infrastruktur, in der Bildung, in der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Alten, sodass für viele Arbeitslose gesellschaftlich sinnvolle Arbeit geschaffen werden könnte in sozialversicherungspflichtigen und nach Tarif entlohnten Beschäftigungsverhältnissen

Lasst uns da Geld nehmen, um die Renten wieder auf eine Lebensstandard sichernde Höhe zu bringen. Es ist ein Skandal, dass nach den bisherigen Rentenkürzungen ein 65jähriger nach 45 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Verdienst ab 2030 noch 750 EUR Rente im Monat bekommt und wenn wir die Rente mit 67 nicht wieder abgeschafft kriegen noch einmal 50 EUR weniger. Zukünftig wird man 39 Jahre Beiträge zahlen müssen, um als Rente das zu bekommen, worauf man ohne Beiträge Anspruch auf Sozialhilfe hat.

Damit wird die Armut im zur Massenerscheinung und die Spaltung der Gesellschaft vertieft.

Für das Leben in Frieden ist jeder Euro, der hier investiert wird, wesentlich erfolgreicher eingesetzt als für militärisches Engagement.

Wir demonstrieren aber auch hier, weil wir uns nicht bieten lassen wollen, dass die politische Klasse ohne Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Bevölkerung selbstherrlich entscheidet, was sie will. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Militäreinsatz in Afghanistan, wie anderswo in der Welt, ab.

Aber wie bei der Gesundheitsreform, der Rentenreform und Hartz IV sagt die politische Klasse, das interessiert uns nicht, wir machen was wir wollen.

Wir stehen hier, um zu sagen, nicht mit uns.

Wir werden dafür sorgen, dass ihr zu spüren kriegt, dass auf Dauer keine Regierung gegen die Mehrheit in der Gesellschaft regieren kann.

Wir wollen eure Politik nicht, wir wollen Abrüstung statt Sozialabbau.

Wir wollen, dass Schluss ist mit den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland.

Wir wollen Frieden schaffen ohne Waffen.

Wir wissen, dass wir gerade angesichts der Abgeschottetheit der politischen Klasse einen langen Atem brauchen, um einen Politikwechsel herbeizuführen.

Aber wir und nicht ihr kommen vorwärts.

Dafür spricht die Gründung einer neuen linken Partei. Dafür spricht aber ebenso, dass die Mehrheiten in der Gesellschaft, die eure Politik ablehnen und eine andere Politik wollen, größer werden.

Ihr werdet uns nicht los. Die Demo heute hier war nicht das Ende unserer Einmischung. Wir machen weiter. Wir werden die Abgeordneten weiter Dampf machen, damit es keine Mehrheit für die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan gibt.

Da könnt ihr ganz sicher sein.

####

Tariq Ali

Schriftsteller

Frieden für Afghanistan – keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze

Kundgebung und Demo in Berlin 15. 9. 2007

Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung

- Es gilt das gesprochene Wort –
- - Sperrfrist: 15.09.07, Redebeginn, ca: 14.30 Uhr

Anrede

Das letzte Mal, dass ich in Berlin auf einer Kundgebung gesprochen habe, war im Februar 1968. Ich stand auf der Bühne mit meinem Freund und Genossen Rudi Dutschke. Und ich bin mir sicher, dass Rudi – würde er noch leben – anders als viele seiner Weggefährten heute mit uns gegen den Krieg demonstrieren würde.

1968 waren wir viele Menschen auf der Straße. Aber wir hatten keine Unterstützung in der Bevölkerung. Das ist heute anders. 70 % der Bevölkerung in Deutschland ist gegen den Krieg und 80 % im Deutschen Parlament werden für den Krieg stimmen. Das ist Demokratie!

Der Krieg in Afghanistan begann als ein grausamer Rachefeldzug für die Ereignisse vom 11. September.

Als George Bush gefragt wurde, wofür der Krieg gut sei, sagte er: "Bringt mir den Kopf von Osama Bin Laden – tot oder lebendig!"

Das ist alles.

Wenn man das zum Maßstab nimmt, dann war der Krieg ein totales Desaster.

Osama Bin Laden ist immer noch am Leben und schickt einmal im Jahr dem amerikanischen Volk eine Botschaft. Und die Nato-Besatzung von Afghanistan, die uns als eine humanitäre Intervention verkauft wurde, entwickelt sich nun zu einem totalen Desaster.

Wenn du den Leuten in Afghanistan oder im Irak sagst „Es ist Zeit um die Truppen abzuziehen“, werden sie antworten „das wird ein Chaos geben“. Es ist ein Chaos, weil sie reingegangen sind und es wird ein Chaos geben, wenn sie rauskommen. Was sollen die armen Leute in diesen Ländern tun?

Mehr und mehr Menschen, einfach unschuldige Menschen in Afghanistan sterben. Die Zeitungen berichten täglich: hier sind 50 Taliban getötet worden, hier sind 30 Taliban getötet worden. Wenn man diese Zahlen zusammen zählt wurden mehr Leute getötet als die Taliban Mitglieder haben.

Je länger die Situation andauern wird, desto schlimmer wird sie werden, weil nichts passieren wird, um eine neue soziale Infrastruktur in Afghanistan aufzubauen. Das Beste was passieren kann, ist also, dass alle Nato-Truppen sofort zurückgezogen werden.

Die einzige Möglichkeit für dieses Land ist es, die regionalen Mächte mit einzubinden, um in Afghanistan eine stabile nationale Regierung zu schaffen.

Pakistan spricht für die Taliban, Iran spricht für die Leute, welche die Region Herat kontrollieren, Russland spricht für die zentralasiatischen Republiken im Norden und Indien ist die größte Macht in der Region. Diese Mächte können eine stabile Regierung in

Afghanistan garantieren, eine wirklich repräsentative Regierung, [...] welche die Voraussetzung schaffen kann, eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen, welche die einzige Institution sein kann, um die Zukunft Afghanistans zu bestimmen. Und wenn das geschehen ist, dann können Günther Walraff und all die anderen Leute Geld geben für so viele Schulen, wie sie möchten. Denn man kann nicht in einem Teil des Landes Schulen aufbauen, wenn ein anderer Teil besetzt ist und zerbombt wird. Ich möchte zum Schluss zu dem Punkt kommen, dass die Situation in Afghanistan anfängt, die Westgrenze Pakistans zu destabilisieren. Je schneller dieser Krieg zu Ende ist, desto besser ist es für die Menschen in Afghanistan und desto sicherer wird der Westen vor Terroranschlägen sein. Ich schließe mit dem einzigen Deutsch, das ich heute gelernt habe, und bitte Euch mit zu rufen:
Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Übersetzung: Christine Buchholz/Gabriele Engelhardt

###

Vitae der Redner und Rednerinnen

Peter Grottian

Jahrgang: 1942, geboren in Wuppertal

Beruf: Sozialwissenschaftler

Funktion: Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin:

Arbeitsgebiete: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie neue soziale Bewegungen

Studium der Sozialwissenschaft mit Promotion abgeschlossen (1973)

Ab 1979 Professor der FU Berlin für Politikwissenschaft

Seit 1985 Teilzeit-Professor

Ehrenamtlich in diversen politischen Initiativen aktiv, u. a. im Komitee für Grundrechte und

Demokratie, in der Initiative Berliner Bankenskandal, Aktionsbündnis für Sozialproteste,

AG-Leitung und im wissenschaftlichen Beirat von Attac sowie soziale Stadtteilinitiativen

Link: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/grottian/>

Tahera Chams

Jahrgang: 1938, geboren in Kabul

Funktion: Lehrerin

Lebt seit 1976 in Berlin und arbeitete als Erzieherin mit ausländischen Flüchtlingen

Sie ist in der iranisch-afghanischen Frauenorganisation „8. März“ aktiv

Peter Strutynski

Jahrgang 1945

verheiratet, 2 Söhne

Funktion: Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag

Dozent der Politikwissenschaft an der Gesamthochschule/Uni Kassel

Link: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>

Andreas Buro

Jahrgang 1928, geboren in Berlin

ehemaliger Professor für Internationale Politik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main

langjähriger Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, heute sein friedenspolitischer Sprecher

Koordinator des Dialogkreises zum türkisch-kurdischen Konflikt

er engagierte sich seit Ende der 50er Jahre in der "Internationale der Kriegsdienstgegner" und ist Mitbegründer der Ostermarschbewegung, sowie der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, des Sozialistischen Büros, des "Komitees" und der Deutschen Sektion der "Helsinki Citizens Assembly"

Autor vieler Artikel und Bücher (u.a. "Totgesagte leben länger - die Friedensbewegung, von der Ost/West-Konfrontation zur zivilen Konfliktlösung")

Link(s): <http://www.friedenskooperative.de/themen/ageb.htm>,

<http://www.grundrechtekomitee.de>

Horst Schmitthenner

Jahrgang 1941, geboren in Siegen/Westfalen

1956 - 1959 Maschinenschlosserlehre

1959 - 1964 Maschinenschlosser im Lehrbetrieb; ehrenamtliche Tätigkeit in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung

1964 - 1966 Assistent im Haus der Gewerkschaftsjugend, Oberursel;

Heimvolkshochschule, Falkenstein; Frankfurter Bund für Volksbildung

1966 - 1969 Zweiter Bildungsweg (Hessenkolleg): Abschluss Abitur

1969 - 1971 u. Studium der Sozialwissenschaften: 1973 - 1977 Abschluss Dipl.-Soziologe

1971 - 1985 Gewerkschaftssekretär, tätig als pädagogischer Mitarbeiter im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel

1985 - 1989 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Neuwied

1989 - 2003 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall seit September 2003 Beauftragter, IG-Metall Verbindungsbüro soziale Bewegungen

Link: <http://www.igmetall.de>

Prof. Dr. Mohssen Massarat

Jahrgang:1942, geboren in Teheran

Beruf: Diplom-Ingenieur, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler

Funktion: Em. Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück

1961: Einreise in die Bundesrepublik Deutschland, Studium der deutschen Sprache und Tätigkeiten als Praktikant in diversen Industrie- und Bergwerksbetrieben

1962-1967: Studium des Bergbaus in Clausthal-Zellerfeld und an der Technischen Universität Berlin mit Abschluss zum Diplom-Ingenieur

1967-1974: Studium der Wirtschafts- und Politikwissenschaften an der Technischen Universität Berlin und an der Freien Universität Berlin

1974: Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin

1974/75: Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin
1975-1982: Wissenschaftlichen Assistent am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück
1978: Habilitation: Wirtschaftswissenschaften / Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Osnabrück
Seit 1982: Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück
April 2000 - Okt. 2001: Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück
Okt. 2001- März 2004: Pro-Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück
Seit Mai 2002 Koordinator der deutsch-iranischen Kooperation im Bereich Klimaschutz, Energiepolitik und Nachhaltige Entwicklung
Seit 2001 Mitglied im Editorial Board der englisch-persischen Zeitschrift The Iranian Journal of Science (Dialogue), Düsseldorf
Seit 2002 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von attac-Deutschland
Seit 2003 Mitglied im Editorial Advisory Board des International Journal of Environmental Science & Technology, Teheran
Seit August 2007 emeritiert

Kelly Campbell

Jahrgang: 1973, geboren in Green Bay, Wisconsin USA
Funktion: Area Peace Director des American Friends Service Committee (AFSC) (eine Organisation der Quäker) in Portland, Oregon; Mitglied des Bundesvorstandes des größten US-Friedensbündnisses, „United for Peace and Justice“ (UFPJ), das über 1000 Organisationen repräsentiert..

Mitbegründerin der Friedensorganisation „Eleventh of September Families for Peaceful Tomorrows“ ("Elfte September Familien für eine friedliche Zukunft") als Reaktion auf den Tod ihres Schwagers, der bei den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das Pentagon umkam.

Unternahm im Januar 2002 eine Reise nach Kabul, um sich mit Familienangehörigen der Opfer des US-Anschlags zu treffen. Setzt sich zudem in den USA dafür ein, die Familien bekannt zu machen und Unterstützung für diese zu mobilisieren.

Über ihre Arbeit ist in vielen Medien (wie CNN, BBC, Oprah, die Washington Post und Los Angeles Times) berichtet worden.

Links: <http://www.afsc.org/pacificnw/portland/bugets-for-paece-and-people.htm>
<http://www.peacefultomorrows.org>

Zusammenstellung Vitae: Mathias Maas (Netzwerk Friedenskooperative)

Grußwort: Canadian Peace Alliance

To the German Anti-war movement

The Canadian Peace Alliance wishes the German anti-war movement all the best during your mobilizations against the war in Afghanistan this Saturday September 15th.

Our struggle is linked. Just last week the German government publicly asked Canada to keep its troops in Afghanistan. This statement by Eckart von Klaeden, Chancellor Angela Merkel's foreign-policy spokesman, is being repeated by the Government of Canada as another argument for our troops to stay. But our governments do not speak for us on this issue. We know that the majority of people in both Germany and Canada are opposed to this war.

The war in Afghanistan is getting worse day by day. The government of Canada and its NATO allies would have us believe that security and reconstruction are improving and that the battle for hearts and minds is being won by the west. The reality of the situation is much more dire. Reconstruction has been proven to be a smokescreen and the resistance to the NATO led occupation is growing. Violence increases every month that our soldiers remain in Afghanistan.

On October 28, 2006 tens of thousands of Canadians marched in more than 40 cities and towns calling for our troops to be brought home from Afghanistan. This year on October 27th we and our friends in the anti-war movement in the United States will march together in a continental wide mobilization against war.

As you march this weekend know that there are millions of people in countries like Canada who are with you in spirit and solidarity. Best of luck this Saturday!

Not One More Dead

Bring the Troops Home Now!

Canadian Peace Alliance

Kontakt:

Sid Lacombe, Coordinator, Canadian Peace Alliance, eMail: cpa@web.ca, www.acp-cpa.ca, Tel.: +1/416/588-5555, Fax: +1/416/588-5556

Grußwort: war resisters in Canada

September 13, 2007

STATEMENT BY U.S. WAR RESISTERS IN SUPPORT OF GERMANS DEMONSTRATING THEIR OPPOSITION TO THE WAR IN AFGHANISTAN

We are members of the U.S. Armed Forces who have left our posts rather than take part in the Iraq War. We have come to Canada rather than take any further part in the illegal, immoral invasion and occupation of Iraq. We come from the Army, the Navy, the Marine Corps and the Air Force. Many of us have served in Iraq, others have served in Afghanistan; some of us went to Canada before being sent to one of those places.

We strongly support peace loving Germans who are demanding that their country end its involvement in the invasion of Afghanistan. We will be taking part in demonstrations here in Canada on October 27 aimed at bringing about an immediate Canadian withdrawal from Afghanistan.

We have refused to take part in the Iraq War because we know that it is a war of aggression, justified by lies, waged with cruelty. Many of us witnessed the death or wounding of our fellow soldiers, and the suffering inflicted on the Iraqi and Afghan people we were supposedly helping. Several of us have been in Afghanistan, and we have the same feelings about the war there. We have been torn apart emotionally because of we have witnessed. Some of us have nightmares; some of us have flashbacks of ugly incidents we will never forget.

Here in Canada we still have to convince the government to let us stay here permanently. In the meantime we will work for an immediate end to the Iraq and Afghanistan Wars. We are in solidarity with our peace loving Germans who join us in those efforts. The War Resisters in Canada, Including:

Jeremy Hinzman (Afghanistan, 2003); James Morriss (Afghanistan, 2006), Chuck Wiley (Arabian Sea, 2005 – 06); Jamie Holcomb (Arabian Sea, 2005 – 06); Kimberley Rivera (Iraq, 2006); Justin Colby (Iraq, 2005); Kevin Lee (Iraq, 2006); Dale Landry (Afghanistan, 2003); Dean Walcott (Iraq, 2004, 2006); Phil McDowell (Iraq 2006); Brandon Hughey (Ft. Hood, 2003-04) ; Ryan Johnson (Ft. Irwin, 2004-05) ; Joshua Key (Iraq, 2004); Erin Creagan (Ft. Carson, 2007); Linjamin Mull (Ft. Eustis, 2006); Stephen Yoczik (Ft. Gordon, 2006); Patrick Hart (Kuwait, 2005); Robert Grubbs (Ft. Drum, 2007)

And more currently en route to Canada

#

Aufruf zur Demonstration:

**Frieden für Afghanistan -
Keine Verlängerung der Bundeswehreinätze!**

"... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!"
(Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg "Operation Enduring Freedom" und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen "Krieg gegen den Terror" sollen die Einfluss-Sphären

der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

"Frieden für Afghanistan - Bundeswehr raus"
Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze
15. September Berlin - 12 Uhr Alexanderplatz / Rotes Rathaus